0,50 €

# DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

April 04/2003

# Friedensbemühungen verstärken

Der anstehende Krieg der Regierungen Bush und Blair gegen den Irak warf seine Schatten voraus. Welche Auswirkungen hat der Beginn des Krieges für den Nahen Osten? Was bedeutet ein Kriegsbeginn für den europäischen Kontinent? Wird die Bundesregierung bei ihrer Ablehnung bleiben? Grund genug, diese Fragen in der diesjährigen Nordkonferenz am 15./16. März im Wohn- und Ferienheim Heideruh gründich zu behandeln. Noch nie war die Lage so zugespitzt, noch nie gab es weltweit eine so starke Gegenbewegung, so Marianne Wilcke in der Eröffnung. Präsident Bush hat die Stärke des Rechts durch das Recht des Stärkeren ersetzt. Naji ElSakkar, ein in Hamburg lebender palästinensischer Kaufmann, konnte das Spannungsfeld des Nahen Osten beschreiben, die Struktur der wichtigsten der 22 Staaten der Arabischen Liga, den Charakter des Vielvölkerstaates Irak, die Versuche der Regierungen der USA, Ende der 50er Jahre mit dem CENTO-Pakt Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung in der Region zu nehmen. Ägyptens Präsident Nasser hatte gemeinsam mit Nehru und Tito eine Bewegung der Blockfreien zwischen Ost und West aufgebaut. Das lief amerikanischen, britischen und französischen Interessen gerade auch in dieser Region entgegen.

Premierminister Rabin, Außenminister Perez und Präsident Arafat hatten 1993 den Grundriss für einen dauerhaften Frieden gelegt. Nach der Ermordung Rabins konnten sich die Nachfolger nur mühsam zu weiteren Konzessionen zugunsten eines dauerhaften Friedens unter dem Motto "Land für Frieden" durchringen. Grundlegende Fragen blieben ungeklärt: Rückkehr oder Entschädigung von Flüchtlingen, Aufgabe der Gründung von weiteren Siedlungen, gesicherte Verteilung des Zugangs zu den Wasserquellen. In Camp David sollte Arafat unterschreiben, dass die Palästinenser keine weiteren Forderungen mehr erheben würden. Angeboten wurde ein Flickenteppich unzusammenhängender Städte. Die Zahl der Siedler in den besetzten Gebieten hatte sich gegenüber 1993 verdoppelt. Die zweite Intifada führte schließlich zu 3.000 Toten, zu wirtschaftlichen Verlusten in Höhe von 4,5 Milliarden $ und zu einer Wiederbesetzung der Palästinensischen Selbstverwaltungsgebiete. Was aber wird der erneute Krieg am Golf auslösen?



von links: Marianne Wilke, Naji ElSakkar, Bernd Meimberg

Der Samstagnachmittag war den Berichten der vertretenen Landes- und Kreisverbände gewidmet. In Schleswig-Holstein zwingen die starken Gewinne der CDU in den Kommunalwahlen zu verstärkten Anstrengungen gegen provokantes Auftreten der NPD/Kameradschaften, zur Sicherung in den vergangenen Jahren entstandener lokaler Gedenkstätten, zu mehr Ideen in den Friedensaktivitäten. Aus Mecklenburg-Vorpommern berichtete Käthe Martin über Aktivitäten zum 27. Januar und 08. Mai. Jugendarbeit über Auftreten in Schulen und über Flüchtlingsberatung wird mehr und mehr ehrenamtliche Aufgabe. Interesse fand die Kurzdarstellung des Bremer Filmprogramms und der Aktivitäten in Ausstellungen und Schulen. Erinnerungsarbeit und Aufdeckung scheinbar ehrenwerter SS-Täter stand im Mittelpunkt der Arbeit im Bereich Stade/Rotenburg/Verden und fand großen Zuspruch. Walter Federmann berichtete über Versuche in Fort Zinna, das Gedenken an die verurteilten und hingerichteten Opfer der NS-Militärjustiz mit dem Andenken an die nachfolgenden Gefängnisinsassen zu vermischen. Ein weiteres Thema waren die Versuche im medizinischen Bereich, die Forderung einer Freigabe der Tötung auch von Menschen, die selbst nicht mehr in der Lage sind ihren Willen frei zu äußern

Im Mittelpunkt des sonntagmorgendlichen Gesprächs stand abschließend noch einmal die Friedensfrage. Bezugnehmend auf einen Artikel von Emmanuel Todd stellte Bernd Meimberg heraus, dass die Vorstellung einer allesbeherrschenden alleinigen Supermacht USA nicht mehr so recht stimmt. Die Kriegsenthaltung Frankreichs und der BRD kommt nicht von ungefähr. Es zeichnen sich gewichtige Interessengegensätze ab zwischen den Zentren Europa, Russland sowie Japan und den USA, die militärisch vorherrschend, aber wirtschaftlich geschwächt sind. Die Zeit der Militärputsche in Südamerika scheint vorüber zu sein. Alles scheint auf ein neues Gleichgewicht der Kräftezentren hinauszulaufen. Russland nähert sich der Achse Paris/Berlin an. Die Euro-Zone läuft der US-Wirtschaft den Rang ab. Für uns als Antifaschisten wird es darauf ankommen, uns enger mit Friedensfreunden und Globalisierungsgegnern zusammenzufinden. In der Auswertung wurde später betont, dass die Länderbeispiele gute Anstöße und Hilfestellung für eigene Aktivitäten darstellten, dass sie aber viel besser vorbereitet werden müssen. Neofaschismusfragen könnten durch einen gemeinsamen Austausch auf regionaler Ebene besser angegangen werden. Allerdings muss jeder Landesverband möglichst eine/n Kameradin/en für dieses gemeinsam Projekt finden. Für unsere Region scheint es zudem wichtig zu werden, mit antifaschistisch orientierten Jugendorganisationen Kontakte zu knüpfen und zu einem regelmäßigen Austausch zu kommen.

**Raimund Gaebelein**

# Neue alte Kleinst-Partei im biederen Gewand

Hier ein kleiner Überblick über die Geschichte und Ziele der «Deutschen Partei» (DP). Die DP wurde als «Niedersächsische Landespartei» (NLP) am 20. Juni 1945 in Hannover gegründet. Die NLP war eine christliche, antisozialistische Partei, die hauptsächlich in norddeutschen Gefilden Bedeutung hatte. Im Juni 1947 wollte die kleine Partei deutschlandweit agieren. Sie nannte sich in «Deutsche Partei» um. Von 1955 bis 1959 stellten sie mit Heinrich Hellwege sogar den niedersächsischen Ministerpräsidenten. Er war auch bis 1961 erster Vorsitzender der DP. Bei der Wahl zum ersten Bundestag erhielt die DP 17 Mandate. Da sie partout eine Regierungsbeteiligung der SPD verhindern wollte, trat sie zusammen mit der FDP in eine Koalitionsregierung unter der Führung der Christdemokraten.
Von Anfang an war die DP eine "Nationale Sammlungsbewegung" mit dem Ziel alle Rechtskräfte zu sammeln. Sie ist von Beginn an fester Bestandteil des "Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands" und unterstützt regelmäßig die rechten Bündnisveranstaltung am 03. Oktober am Kyffhäuser. Bis 1961 waren drei Mitglieder der DP auch Bundesminister, unter ihnen auch Heinrich Hellwege. Dann wechselten die meisten DP-Minister und Abgeordneten im Bundestag zur CDU, andere gingen zur «Gesamtdeutschen Partei» (GDP).

1971 löste sich die DP auf. Es gab sie nur noch als Verein in Niedersachsen und Bremen. 1993 gründete sich die «Deutschen Partei» in Kassel neu. Die ersten beiden Jahre war Wolf von Zworowsky der Vorsitzende. Ihn löste 1994 Prof. Johannes Freiherr von Campenhausen ab. Nach dem Zusammenschluss 2001 von DP, DSU (Deutsche Soziale Union) und BfB/OFD (Bund freier Bürger/Offensive für Deutschland) ist es der ehemalige BfB-Chef Heiner Ernst Kappel. Zum Dunstkreis um die DP waren, neben der DSU und dem BfB/OFD, auch Teile der Vertriebenenverbände, die Freie Bürgerunion und die Bayernpartei zu rechnen. Und irgendwo im Nebel schwebte dann auch zeitweise der berüchtigte "Friedensvogel" Alfred Mechtersheimer mit seiner «Deutschlandbewegung». Vielleicht fand er keine "ihm angemessene" Position in der DP.

Nach eigenen Aussagen orientiert sich die DP an konservativen Werten. Sie geht von einer ‚durch Sprache, Geschichte, Kultur und Religion geprägten politischen Gemeinschaft der Deutschen' aus. Die neuen Bundesländer sind Mitteldeutschland, was nichts anders bedeutet, dass es noch ein vorhandenes Ostdeutschland geben muss. Deshalb engagiert sich die DP nicht nur für das ehemalige Eigentum in den ehemaligen deutschen Gebieten, sondern auch für die ‚Rückgewinnung' der ehemals deutschen Siedlungsgebiete. Die DP setzt sich für das *"Lebensinteresse des deutschen Volkes ein"*, wobei es notwendig sei, *"die Zuwanderung nach Deutschland zu beenden"*. So heißt es klar rassistisch, dass *"wir Deutsche (...) auf 'Gedeih und Verderb' an unseren Staat gekettet" seien, "viele dieser Fremden nur auf 'Gedeih'"*.

In Bremen scheint Reinhold Thiel, Landesvorsitzender der DP, den Bremer Bürgern Angst machen zu wollen, wenn er von *"hanseatischen Traditionen", "Patrioten und deutschen Flüchtlingen", "inner Sicherheit"* oder *"christlich-abendländischer Kultur"* spricht. Denn: *"Die Deutsche Partei meldet sich zurück."* Die schriftlichen Zeugnisse der "Deutschen Partei" (DP) in Bremen verbreiten eher Schmunzeln als Angstschweiß. Für mich ist es Deutschtümelei, wenn aus der E-Mail die e-Post wird. Aus dem Telefon wieder einen Fernsprecher zu machen, na ja. Es finden sich Sätze, die vor Intelligenz strotzen wie z.B.: *"Ist Ihnen schon aufgefallen? In Deutschland sagen Politiker dem Wähler immer weniger die Wahrheit, z.B. die Renten sind sicher, die Arbeitslosigkeit sinkt, Ausbildungsgarantie für Jugendliche."* Ja, da haben sogar die in der DP gemerkt, dass ein Politiker vor der Wahl etwas sagt, das er soooo natürlich gar nicht gemeint hat.

Als ‚Zeitzeugen' einer ‚großen' Ära der DP wird Dr. Konrad Adenauer erwähnt. Aber war es nicht ‚Konni', der über seine eigene wankelmütige Meinung lapidar sagte, *"was interessiert mich mein Geschwätz von Gestern"*.

Und was heißt eigentlich *"Die Deutsche Partei meldet sich zurück"*. Gerade in der nationalkonservativen Ecke en mas Namen wie Laszlo, Ljuba, Walentina, Gennadi oder Stanislaw zu finden, wundert mich gelinde gesagt. Es muss ja gar nicht falsch sein, Menschen aus den Ländern politisch einzubinden, die schlechte Erfahrungen mit deutscher Politik gemacht haben. Laszlo Arvai, Listenplatz 2, ist einer der schönsten Städte Europas geboren. In Budapest. Was die Deutschen mit den Ungarn jüdischen Glaubens gemacht haben, ist grausam. Auch die Schlacht an der Budaer Burg war schrecklich. Aber was macht er in der DP? Irene Schimow, Listenplatz 3, ist in Sameletenowka/Ljubinsk-Omsk geboren, wohin es Hitler glücklicherweise nie ‚geschafft' hat. Die Gegend um Omsk am Irtysch ist um 1716 von Russland ‚erschlossen' worden. Sie mimt in der DP Bremen die Verbindungsfrau zu den Rückwanderern. Und was macht sie in der DP?

Wo ich allerdings hellhörig werde, ist, wenn ich lese: *"Terrorabwehr in Deutschland zu lasch? - In puncto Terrorabwehr hinkt Deutschland anderen Nationen hinterher. Abstriche an formaler Rechtsstaatlichkeit sind vermutlich unumgänglich um drohenden Gefahren besser begegnen zu können. Mit rein rechtsstaatlichen Prinzipien ist diesem Personenkreis, zu allem entschlossener Terroristen, nicht beizukommen."* Was soll *"(...) Abstriche an formaler Rechtsstaatlichkeit (...)"* heißen? Erst schießen und dann fragen? Politik á la Bush und John Wayne ("Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer")? Antiamerikanismus kann man der DP nicht vorwerfen oder sind die Drohungen ganz anders zu verstehen?

In den Reihen der Bremer DP taucht ein altbekanntes Gesicht auf: Reinhold Willnow: Republikaner, Vertriebener, Bundeswehrlehrer und -reservist. (Ein Soldat über Willnow: *"Der hat gesagt, auf deutschem Boden hat es nie ein KZ gegeben. Ich hab' erst gedacht, ich hab' mich verhört. (...)"*)

Zu den eigenen Wahlaussichten sagt Thiel: *"Unser Ziel ist die Ausschöpfung des gesamten Wählerpotentials der Wertekonservativen, und das sind immerhin 30 %. Wir sind zuversichtlich, diese Zeile* [sic!] *erreichen zu können, weil wir einen erfreulichen Mitgliederzuwachs guter Leute aller Altersgruppen zu verzeichnen haben."* Das ist ein verzweifelter Versuch, ein klein wenig Hoffnung zu schüren, überhaupt die 1%-Hürde zu meistern. Und wo bei ihm und der DP der "Wertekonservative" aufhört und der "Braune" beginnt, wird die Zukunft hoffentlich nicht zeigen. Zumal besteht bei Thiel nicht die Gefahr, dass es auf ein Monarchie hinausläuft, waren doch bereits zweimal ‚Freiherren von' (von 1961-63 gab es noch einen Wilhelm Ernst Freiherr von Cramm) die Bosse der DP.

Am 12. April will die DP, wie schon zuvor die Schill-Partei, in Bremen-Vegesack ihren Bundesparteitag abhalten. Bremen stellt sich immer häufiger als Anziehungspunkt neofaschistischer, nationalkonservativer und ‚patriotische' Parteien oder Gruppierungen dar. Die Bürgerschaftswahlen am 25. Mai sind sicherlich nicht der einzige Grund.

**Gerold**

# „antifa“ für alle Mitglieder

Ab Juli ist es soweit: Jedes Mitglied der VVN-BdA wird alle zwei Monate das neue Bundesorgan „antifa“ erhalten. Am 15./16. Februar kam der Bundesausschuss in Berlin den Beschlüssen des Bundeskongresses vom Oktober 2002 nach.

Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Schaffung einer einheitlichen Finanzordnung und ein Grundlagenbeschluss für eine einheitliche Bundeszeitschrift ab Sommer 2003. Es gab leidenschaftliche Plädoyers für verschiedene Lösungsmodelle. Das Wichtigste jedoch war die Sachlichkeit in der Diskussion und die hohe Einmütigkeit in der Willensbildung. Erstmals wurde eine gemeinsame Übersicht über Einnahmen und Ausgaben der Gesamtorganisation erstellt. Dafür musste zuvor das Rechnungsschema angeglichen werden. Einig waren sich die Mitglieder des Bundesausschusses darin, dass die Arbeitsfähigkeit der Kreise und Landesverbände unbedingt erhalten bleiben muss. Zugleich können wir aber auf keinen Fall auf eine handlungsfähige Bundesstruktur verzichten. Angesichts unterschiedlicher Wege der Beitragsent-




richtung wurde der Beschluss des Bundeskongresses vom Herbst konkretisiert: pro Mitglied führen die Länder monatlich 1,-- € an die Bundeskasse ab. Nach Ausschöpfung aller Einsparmöglichkeiten wurde der absolute Mindestbedarf an Mitteln ermittelt. Für die Mitglieder ändert sich dabei nichts. In ihrem Beitrag sind Bundesanteil, FIR-Beitrag und „antifa“ enthalten. Eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrags käme allerdings den Kreisen und Ländern zugute. Für die mitgliederstärksten Landesverbände gibt es Übergangslösungen.
Bis Ende 2003 werden alle Landesverbände der VVN-BdA 1,-- € pro Mitglied und Monat zur Bundesgeschäftsstelle schicken.

**Raimund Gaebelein**

# Weimar und die Landtagswahlen

Wir waren am Sonntagvormittag, den 02. Februar, nicht mit auf dem Waller Friedhof um der Verteidiger der Bremer Räterepublik zu gedenken, uns hatte es zu einer Veranstaltung in das Bremer Schauspielhaus gezogen. Auf Einladung des Vereins „Erinnern für die Zukunft" versuchten dort Prof. Dr. Detlev Albers (SPD), Claus Jäger (FDP), Bernd Neumann (CDU) und Dr. Helga Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) die Frage zu klären: *„Lehren aus Weimar: Gültig bis heute?"*
Nun fehlt für eine umfassende Berichterstattung oder gar Auswertung des Inhalts der Antworten der Abgeordneten hier der Platz. Deshalb nur soviel: Es war eine interessante Diskussionsrunde, nur leider kam unseren Erachtens Wichtiges zu diesem Thema gar nicht oder nur am Rande zu Sprache.

Wohl sagte Frau Trüpel richtig: *„Weimar ist nicht an zuviel Demokratie gescheitert"*, aber die eigentlichen Ursachen des Scheiterns blieben weitgehendst im Dunkeln. So z.B. dass der Abbau von Sozialleistungen in der Wirtschaftskrise 1929-32 den Boden für den Vormarsch der NSDAP bei den Wahlen bereitete; daß die Staatsorgane der Republik zunächst inkonsequent und dann sehr wohlwollend mit den Nazihorden umgingen: Dass das Industriekapital seit 1932 Hitler massiv finanziell unterstützte und seine verbrecherischen Ziele bis hin zur kriegerischen Eroberung und Ausbeutung fremder Territorien uneingeschränkt begrüßte.

Wir sprachen das in der Diskussion an und vertraten die Auffassung, dass die aus diesen Ursachen zu ziehenden Lehren auch heute ihre Gültigkeit haben.

So bestätigen uns die Ergebnisse der Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen doch wohl, dass eine Politik der Bewältigung von Krisen durch den Abbau von Leistungen für die arbeitende Bevölkerung, für Arbeitslose und Rentner, beim Gesundheitswesen und der Kultur einerseits und die Begünstigung der Reichen, speziell der Konzerne und Großbanken andererseits, immer sozialer und nationaler Demagogie und damit einer Rechtsentwicklung Vorschub leistet.

Wir Antifaschisten ziehen bestimmt keine schematischen Vergleiche, setzen CDU und FDP nicht mit den bürgerlichen Parteien gleich, die 1933 aktive Beihilfe zur Machtübertragung an Hitler leisteten, aber wir wissen, dass ihr "Krisenbewältigungskonzept" noch stärker auf die Begünstigung der Besitzenden und noch rigoroser Sozialabbau beinhaltet. Und wir sehen mit größter Besorgnis, dass sie die Bundesregierung wegen ihrer - von uns und der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes begrüßten - Haltung zum Krieg der USA gegen den Irak, des "Isolationismus" bezichtigt, um ein Wort von Bernd Neumann zu benutzen.

Eine Lehre von Weimar sagt auch, dass die - vor den letzten Wahlen im Jahre 1932 von den Kommunisten ausgesprochene Warnung: *"Wer Hitler wählt, wählt Krieg!"* nicht (genügend) ernst genommen wurde. Jetzt haben Millionen Menschen in unserem Lande und den Ländern Europas, Amerikas und der islamischen Welt gegen den Krieg und für eine politische Lösung demonstriert. Die führenden Politiker der CDU und der FDP waren nicht dabei. Das sollte niemand bei seiner Wahlentscheidung am 25. Mai in Bremen und Bremerhaven vergessen.

**Inge und Herbert Breidbach**

# NPD und Verfassungsschutz eine Einheit?

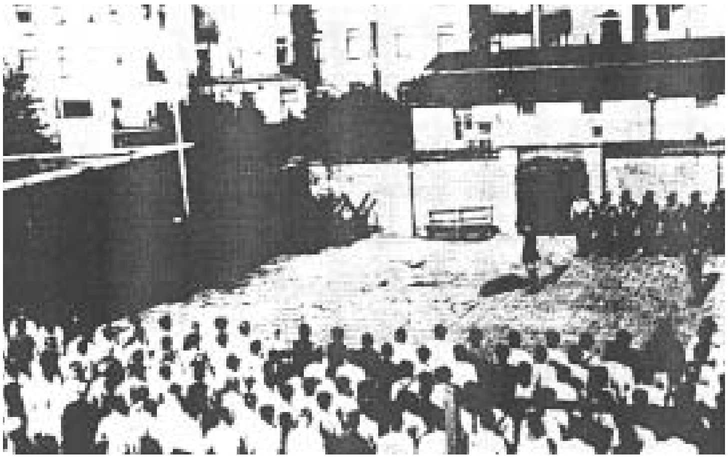
Es ist kaum zu glauben, dass das von der Bundesregierung vor fast zwei Jahren beantragte Verbotsverfahren gegen die nazistische NPD eingestellt werden musste, weil führende NPD-Leute gleichzeitig bei dem von uns allen bezahlten Verfassungsschutz Mitarbeiter waren.
Die Verbindung von NPD und Verfassungsschutz ist erschreckend, wird doch von unseren „Staatsdienern“ geduldet, dass die Neonazis „geschützte“ Demonstrationen durchführen, wo sie Nazi-Embleme zeigen und Nazi-Parolen schreien, die durch unser Grundgesetz bereits verboten sind.

Verfassungsschützer in die NPD einzuschleusen um festzustellen, dass die NPD neofaschistisch sei, ist doch skandalös. Daraus abzuleiten, dass das Verbotsverfahren eingestellt werden musste, ist noch skandalöser! Was bleibt dann noch von unserem „demokratischen Rechtsstaat“?

Ist es nun nicht an der Zeit, den Verfassungsschutz aufzulösen?

**Friedel Becker**

# KZ Mißler



Das KZ Mißler
(aus: Antifasistischer Widerstand 1933 - 1945 im Bremen)

Nach dem Reichstagsbrand vom 27./28. Februar und den Reichstagswahlen vom 05. März 1933 erfolgten Massenverhaftungen von Kommunisten und Sozialdemokraten. Das Polizeigefängnis am Ostertor und die SA-Verhörstätten wie das Gosselhaus waren bald überfüllt, sodass als Ausweichort die früheren Auswandererhallen in Findorff dienen mussten.

Am 01. April 1933 wurden 100 sogenannte Schutzhäftlinge ins KZ Mißler eingeliefert, 45 weitere folgten in den beiden Wochen danach. Unter Führung des SS-Sturmbannführers Otto Löblich (des Mörders von Johann Lücke) sollten die verhafteten Arbeiterfunktionäre im nationalsozialistischen Sinne „umerzogen“ werden - mit sadistischen Folterungen, Prügeln mit Gummiknüppeln und Schlägen mit Karabinerkolben. 60 jährige Männer mussten nachts in Hemd und Hose Freiübungen machen, mit Bürgersteigplatten in den Händen. Dabei mussten sie robben und die tierischen Laute der Stadtmusikanten nachahmen. Dutzende Male wurden Gefangene nachts von ihren Pritschen hochgerissen, blutig geschlagen und vernommen. Sie wurden auf Schemel gestellt und mussten singen. Wurden sie bewusstlos, wurden sie mit Wasser übergossen und erneut verhört. Am 20. April, so erzählte Johann Onasch später vor Gericht, seien die Gefangenen durch eine Prügelgasse betrunkener SS-Männer gejagt worden. Selbst dem bremischen Polizeisenator Laue war diese Art von „Umerziehung“ zu heftig, waren die Inhaftierten doch schon bei ihrer Verhaftung auf die gleiche Weise „verhört“ worden. Der SS-Sturm wurde Anfang Mai abgelöst durch die SA unter Führung von Göbels. Nach einer verhältnismäßig ruhigen Anfangszeit, seien Gefangene erneut getreten und geschlagen worden. Die Bevölkerung der anliegenden Straßen und Angehörige erhoben immer heftigeren Protest, so dass die Behörden die Gefangenen im September 1933 in die Laderäume eines Schleppkahns des Norddeutschen Lloyd (Lloyd-Kahn 86, Lager Ochtum-Sand) und nach Lang-Lütjen überführten, einem alten Fort an der Wesermündung. Sechs Meter unter dem Meeresspiegel mussten sie schwere Sand- und Baggerarbeiten in der Alltagskleidung ausführen. Die Verantwortlichen für diese Misstaten wurde im April 1951 wegen Körperverletzung zu Haftstrafen zwischen acht Monaten und 2fi Jahren verurteilt. Internierungszeit und Arbeitslager wurden auf die Strafen voll angerechnet.

**Raimund Gaebelein**

# „Sind sie arm?“

Die Arbeitnehmerkammer Bremen legte mit ihrer Broschüre „Armut in Bremen. Bericht 2002“ ein Dokument vor, dass helfen könnte, die aktuellen Pläne zum Um- und Abbau des Sozialstaates in einen realistischen Blick zu bekommen. Die Broschüre hat drei Teile. Im ersten liefert Klaus Jakubowski eine „politische Bestandsaufnahme“ der Armut in Bremen. Er orientiert sich dabei an der offiziellen Definition, dass diejenigen als arm gelten, *„die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“* Armut heißt demnach nicht einfach „wenig Geld haben“, sondern unter einem massiv verengten Möglichkeitshorizont leben zu müssen. Der Autor führt dies an zahlreichen Punkten vor, u.a. Armut und ihr Verhältnis zu Arbeit, Krankheit, Kindergarten und Schule. Paul M. Schröder analysiert im zweiten Teil die Bremer Armut quantitativ. Zum Teil in Tabellenform listet er die Zahlen auf, die so unerhört sind für das reiche Bremen. Nur eine sei hier genannt: 18000 Kinder in Bremen sind auf Sozialhilfe angewiesen. Der dritte Teil besteht in der Reportage „Wie fühlt sich Armut an“ von Jörg Teichfischer. Sie beschäftigt sich damit, welche Auswirkungen Armut auf Stadtteile und Schulen hat und wie Armut in den Familien und von den Kindern selbst erlebt und verarbeitet wird. Geiz wird eben gerade nicht als „geil“ empfunden, um diesen hochaggressiven Werbespruch zu zitieren, sondern beschämend. In einer stark an Statussymbolen orientierten Gesellschaft greifen objektiv arme Eltern, Jugendliche und Kinder nicht selten zu Verschleierungstechniken, die die Lage längerfristig nur noch weiter verschärfen. So kann sich hinter einem in sogenannten Markenklamotten gekleideten Jugendlichen, der mit dem neuesten Handy winkt, durchaus Obdachlosigkeit und Überschuldung verbergen. Besonders beschäftigt sich Teichfischer mit den verheerenden Auswirkungen der Armut auf Kinder, auf ihre Gesundheit, ihr Sozialverhalten und ihr Weiterkommen in der Schule. Insgesamt ist diese Broschüre ein wertvolles Mittel, um die Bedeutung des Armuts-Themas richtig einschätzen zu können. Denn zumindest von ihren Auswirkungen bleibt kaum jemand verschont, der in Berufen „am Menschen“ tätig ist oder der selbst Kinder hat, die wiederum fast zwangsläufig mit armen Kindern zu tun bekommen.

**„Armut in Bremen. Bericht 2002“, Arbeitnehmerkammer Bremen, Tel.: 0421-36301-0**

**Thomas**

# Rolf Gössner gewählt

Während ihrer letzten Mitgliederversammlung hat die "Internationale Liga für Menschenrechte" in Berlin den Dr. Rolf Gössner aus Bremen zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Er tritt seine Präsidentschaft in einer für Bürger und Menschenrechte äußerst schweren Zeit an. Der völkerrechtswidrige Präventivkrieg gegen den Irak wird eine Flut von Menschenrechtsverletzungen auslösen. Angesichts dieser prekären Situation hat sich der neue Präsident zum Ziel gesetzt, zusammen mit der Liga über die bürgerrechtsschädlichen Auswirkungen dieser Art von "Sicherheitspolitik" aufzuklären. Rolf Gössner: *"Gerade in Zeiten des "Anti-Terror-Kampfes", in denen Menschenrechte mehr und mehr als Hindernis auf dem Weg zur "Sicherheit" begriffen werden, müssen wir verstärkt für die Achtung und Fortentwicklung der Menschenrechte streiten. Die kürzlich entfachte Folter-Debatte sollte uns Mahnung sein."*

Die “Internationale Liga für Menschenrechte” ist eine traditionsreiche unabhängige und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, die sich für Menschenrechte und Frieden einsetzt. Sie ist Mitglied der "Federation Internationale des Droits de l'Homme" in Paris, die mit Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen, beim Europarat und der UNESCO akkreditiert ist. Die Liga verleiht seit über 40 Jahren die Carl von Ossietzky Medaille an Personen und Gruppen, die sich um Verteidigung, Durchsetzung und Fortentwicklung der Menschenrechte besonders verdient gemacht haben.

**BAF-Redaktion**

# „Ein KZ wird geräumt"

## Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung

Vom 27. April bis Ende Mai wird in der Unteren Rathaushalle die Neuengamme-Ausstellung „Ein KZ wird geräumt" zu sehen sein Eröffnet wird sie **am 27.04. um 11:30 Uhr** von Christian Weber (Bürgerschaftspräsidenten) und von Dr. Detlef Garbe, dem Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Die Ausstellung zeigt die militärische Lage im Frühjahr 1945, die Todesmärsche und Transporte von Neuengamme und seinen Außenlagern, die Todeslager Bergen-Belsen, Sandbostel, Wöbbelin, die Lage der KZ-Häftlinge zwischen Befreiung und Vernichtung, die Rettung der skandinavischen Häftlinge in der „Aktion Weiße Busse", die Häftlingsschiffe auf der Ostsee, die Bombardierung und den Untergang der „Cap Arcona" und der „Thielbek" am 03. Mai 1945 mit 7.000 Häftlingen. Dabei wird der Frage nachgegangen, wer die Räumung der Lager zu verantworten hatte. In der Unteren Rathaushalle werden auch eine ganze Reihe Bremer Tafeln zu sehen sein, die von Initiativen in Gröpelingen, den Stahlwerken, im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus, in Stuhr/Obernheide, Muna/Lübberstedt und Bremervörde/Sandbostel eigens für diese Ausstellung erarbeitet wurden. Eine Gruppe ehemaliger belgischer Neuengamme-Häftlinge mit Jean-Marie Vanden Eynde, Paul Thoelen und Willy de Keghel und Angehörigen beabsichtigt die Ausstellung **am Nachmittag des 1. Mai** zu besichtigen, um anschließend **gegen 17:00 Uhr** an der Einweihung der Gedenktafel am Bunker Hornisse in der Kap-Horn-Straße in Gröpelingen teilzunehmen.
Der Weg wird sie in den folgenden Tagen entlang der Strecke ihres Todesmarschs führen, von der Bahrs Plate über Farge, Hagen, Horst, Barchel, Bremervörde, Winsen, Neuengamme, Lübeck-Silo, Neustadt/Holstein führen.
Auf ihrem Rückweg wird die Gruppe am 04. Mai den Bunker Farge aufsuchen und an der Preisverleihung der Friedensschule auf der Bahrs Plate teilnehmen, bevor sie nach Brüssel zurückkehrt.



Victor Malbecq (1. v. l.), René Thirion (2. v. l.), Jean-Marie Vanden Eynde (zwischen den Fahnen)

**Raimund**

# Fahrradtour zu Erinnerungsstätten

## Für das Rahmenprogramm der Ausstellung „Ein KZ wird geräumt"

Vom Personalvorstand der Stahlwerke haben wir die Genehmigung erhalten, eine geführte Fahrradtour zur Gedenkstätte des ehemaligen KZ-Außenlagers Riespott auf dem Gelände der Stahlwerke zu unternehmen.

Die beiden Initiativen Riespott und Gröpelingen schlagen deshalb vor, an dem Wochenende nach der Eröffnung der Ausstellung am 27. April (**geplant ist Sonntag, 04. Mai, um 11:00 Uhr**) oder bei großer Nachfrage an den beiden folgenden Wochenenden eine Fahrradtour anzubieten. Treffpunkt ist das ehemalige Außenlager Schützenhof, Schützenweg - Bromberger Straße 117.

Von dort würde es auf dem Weg, den die Häftlinge damals jeden Tag zur AG Weser zurücklegen mussten, zu den Resten des ehemaligen U-Bootbunkers „Hornisse" gehen. Inzwischen konnte dort auch eine Tafel angebracht werden, die an das Schicksal der früheren Zwangsarbeiter erinnert. Von dort würden wir über das Tor der Oslebshauser Schleuse auf das Gelände der Stahlwerke zum Mahnmal für die Häftlinge des Riespott fahren. Vielleicht könnten wir uns anschließend auch noch zu einer Tasse Kaffee im Verwaltungsgebäude der Stahlwerke treffen. Wir würden uns bemühen, einige Augenzeugen von damals für kurze Berichte an die Teilnehmer zu gewinnen.

Die Teilnehmerzahl müsste aus Sicherheitsgründen beschränkt werden (etwa 30 bis 40). Eine vorherige Anmeldung wäre daher nötig. Möglich ist dies während der Ausstellung und bei der Landeszentrale für politische Bildung, Osterdeich 6 (Tel.: 361-2922 oder Fax: 361-4453)

**Eike Hemmer**

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

o Einwanderer und Flüchtlinge
o Neofaschismus
o Frieden/Antimilitarismus
o Geschichtsforschung
o Erinnerungsarbeit

Name ____________________
Vorname ____________________
Straße ____________________
PLZ, Ort ____________________
Geb.-Datum ____________________
Bremen, den ____________________
Unterschrift ____________________

**Bitte einsenden an:**
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

# Sie haben dich gerettet

Léa, ein fünfjähriges jüdisches Mädchen aus Paris, wird in einer Sommernacht im Jahre 1942 von Widerstandsleuten in ein katholisches Mädcheninternat in Bordeaux gebracht. Ihre Eltern haben sich zu diesem Schritt entschlossen, als sich Razzien und Deportationen in „unbekannte“ Lager im Osten verstärken. Léa fügt sich nur schwer in das Klosterleben ein, fasst nur zu Bénédicte Vertrauen, die zwei Jahre älter ist und deren Eltern im Widerstand stehen. Léa ist weit entwikkelt, kann am Klassenunterricht ihrer Freundin Bénédicte teilnehmen. Sie prahlt mit dem früheren Reichtum der Familie, was ihr Los in der Klosterschule nicht gerade erleichtert. „Landschaft aus Asche“ schildert die Angst vor Kontrollen durch die Miliz, vor Bombenangriffen und Razzien „draußen“. Bénédicte und Léa bauen sich eine Fluchtwelt aus Träumen auf, um diese Eindrücke verarbeiten zu können. Nach der Befreiung Frankreichs nehmen Bénédictes Eltern Léa bei sich auf, denn ihre Eltern sind wahrscheinlich in Auschwitz umgebracht worden. Nachforschungen in Paris verlaufen im Sande, Léa aber kehrt völlig verstört aus Paris zurück, hat im Hotel Lutèce ihren Glauben an eine Rückkehr der Eltern verloren. Bénédicte und Léa durchlaufen die Schule, Léa verfolgt aber ohne Wissen der Familie die Prozesse gegen Verantwortliche und Mitläufer bei den Deportationen. Die Zwölfjährige stellt sich während einer Gerichtsverhandlung vor einen dieser Angeklagten und fragt ihn, was sie mit ihren Eltern gemacht hätten. Nach und nach werden „bewährte Fachkräfte“ wie Maurice Papon wieder gebraucht, der Kalte Krieg ermöglicht Begnadigungen und milde Urteile. Bénédicte und Léa legen ihr Abitur ab und gehen zum Studium nach Paris. Sie engagieren sich gegen den Rassismus und koloniale Verstrickung in der kommunistischen Partei. Als Bénédicte auf dem Weg zu einer Kasernenblockade ums Leben kommt, bricht für Léa das gesamte Erlebnis ihrer Kindheit wieder auf.

**Das Buch „Landschaft aus Asche“ von Elisabeth Gille, ist 1968 in deutsch im Piper Verlag, München, erschienen. Es hat 203 Seiten. Leider ist es vergriffen und nur noch antiquarisch zu bekommen (ISBN 3-492-03952-9)**

**Raimund**

# Lehren aus seinem Handeln ziehen

Nicht viele Menschen hatten während der Nazizeit wie Elser den ungeheuren Mut, ihre Widerstandshaltung in praktisches Handeln umzusetzen und sogar ein Attentat gegen Hitler zu verüben. Die vielen Kommunisten und linken Sozialdemokraten, die nach der Machtergreifung im Untergrund ihre antifaschistische Arbeit fortsetzten und dies oft mit dem Leben bezahlen mussten, haben ebenfalls das Recht auf Befreiung aus der Stigmatisierung durch die Nationalsozialisten.

Sie haben ein Recht auf Wiederherstellung ihrer Ehre und Menschwürde, und auf politische und moralische Rehabilitation. Ihres Widerstandes zu gedenken fand nie in offizieller Weise statt, denn es hat zu keiner Zeit in die politische Landschaft dieser Republik gepasst. Zumindest war die Gedenkwoche für Elser sehr zu begrüßen. In dieser Zeit des Verdrängens, der neoliberalen Menschenverachtung und des Kriegsgeschreis ist es keineswegs selbstverständlich, dass auch weiniger bekannte Widerstandskämpfer als Graf Stauffenberg geehrt und gewürdigt werden

*„An ihn zu denken, hat nur dann Sinn, wenn aus seinem Handeln Lehren gezogen werden“* schrieb dieser Tage ein Bremer Journalist. Der Satz sei auch Bürgermeister Henning Scherf ins Stammbuch geschrieben, der bekanntlich anstelle von Jutta Limbach die Gedenkwoche im Rathaus eröffnete. Einst gab er sich pazifistisch und nahm selbst an Antikriegs-Demonstrationen teil, vergaß dann aber scheinbar alles und heute fördert er wie selbstverständlich die Bremer Rüstungsbetriebe. Elser bekundete damals, dass er den Zweiten Weltkrieg habe verhindern wollen. Die Bremer Sozialdemokraten sind mehrheitlich gegen den drohenden Krieg im Irak und gegen eine deutsche Beteiligung daran. Henning Scherf könnte Lernbereitschaft und Zivilcourage beweisen, indem er die Geisteshaltung Elsers aufrichtig verinnerlicht, sich die Meinung der Parteimehrheit zueigen macht und daraus die einzig richtigen Konsequenzen zieht.

**Wieland von Hodenberg**

# Termin zum Vormerken

**Am Donnerstag, den 24. April 2003** wird **um 19:00 Uhr** die Ausstellung „Draufhauen, Draufhauen, Nachsetzen!“ eröffnet.

Die Ausstellung dokumentiert die Bremische Schülerbewegung der 60er Jahre. Schüler von heute zeigen, wie ihre Eltern die Regierung damals ins Schwitzen brachten.

Zu sehen ist die Exposition **bis zum Samstag, den 17. Mai.**

# Geburtstage im April 2003

| | |
|---|---|
| Georg Gumpert | 03.04., 89 J. |
| Gerd Meyer | 07.04., 57 J. |
| Georg Gumpert jun. | 11.04., 70 J. |
| Günter Brüggesch | 18.04., 51 J. |
| Jens Zimmerling | 19.04., 49 J. |

**Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand**


“Der Bremer Antifaschist” ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA)



Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen-Walle

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

**E-Mail: bremen@vvn-bda.de**
**Internet: www.vvn-bda.de/bremen**

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr



Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro (siehe links) oder unter 6163215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich an dem letzten Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein